

1. Behindertenpolitische Konferenz der PDS

Tagesordnung

- 10.00 Begrüßung und Eröffnung: Christian Schröder, AG Sprecher
- 10.10 weitere Leitung der Konferenz: Dr. Evelyn Kenzler/ Jürgen Dürrschmidt
MdL Sachsen
- Dr. Evelyn Kenzler, AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
Zu den juristischen Aspekten der UN-Resolution - Standard Rules - und
daraus abzuleitende Konsequenzen für die Behindertenpolitik der PDS
- Dr. Ilja Seifert, AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
Die Situation von Menschen mit Behinderungen in der BRD unter dem
Lichte der UN-Standard Rules
- Dietmar Bartsch, Bundesgeschäftsführer der PDS
Zu Perspektiven der Behindertenpolitik in der PDS
- Petra Bläss, Mitglied des Deutschen Bundestages
Behindertenpolitik im Bundestag - Grenzen und Möglichkeiten
- ab 11.30 Diskussion und Anfragen
- 12.30 Mittagspause
- ab 13.30 parallele Arbeitsgruppen:
- Antidiskriminierung/ Gleichstellung - Moderation Detlef Eckert
 - Selbsthilfeorganisationen - Moderation Christian Schröder
 - Mobilität/ Reisen/ Touristik - Moderation Ursula Teltow
 - Bildung/ Arbeit - Peter Hoffmann
- 16.00 Kaffeepause
- 16.30 Abschlußberichte der Arbeitsgruppen
Anfragen/ Stellungnahmen/ Erklärungen
Jürgen Dürrschmidt: Ein erstes Fazit der Konferenz

K u r z f a s s u n g

des Redebeitrages "Zu juristischen Aspekten der UNO-Resolution" auf der 1. Behindertenpolitischen Konferenz der PDS am 13.09.1997 in Berlin

- Die "Standard Rules" besitzen keine Rechtsverbindlichkeit, stattdessen, wie auch andere Resolutionen der UN-Generalversammlung, empfehlenden und orientierenden Charakter für die unterzeichnenden Mitgliedsstaaten.
- Dessenungeachtet kommt diesen Resolutionen eine wichtige Rolle im Prozeß der Rechtserzeugung und -fortentwicklung und hierbei insbesondere bei der Herausbildung von völkerrechtlichem Gewohnheitsrecht zu.
- Ihre innerstaatliche Umsetzung als sogenanntes "soft law" ist damit wesentlich vom politischen Umsetzungswillen der jeweiligen Völkerrechtssubjekte und ihrer inhaltlichen Überzeugungskraft abhängig.
- Die in den "Rahmenbedingungen für die Herstellung der Chancengleichheit für Behinderte" enthaltenen Leitlinien werden durch führende Bonner Regierungskreise nicht in erster Linie als tatsächliche Handlungsorientierungen, sondern vorrangig als behindertenpolitische Makulatur mit vor allem deklaratorischer Bedeutung begriffen.
- In die Kritik an der bundesdeutschen Wirklichkeit um die Durchsetzung von Chancengleichheit für Behinderte sind auch die PDS und ihre Organisationsstrukturen mit ihrem konzeptionellen Anspruch der Ermöglichung eines selbstbestimmten, an gleichberechtigter Teilhabe und Defizitausgleich orientierten Lebens ohne soziale Isolation und finanzielle Abhängigkeit einzubeziehen und an dem anspruchsvollen Maßstab der Rahmenbestimmungen zu messen.

Dr. Evelyn Kenzler
AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
bei der PDS

Dr. Iija Seifert
AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik der PDS

K u r z f a s s u n g

des Redebeitrages „Die Situation von Menschen mit Behinderungen in der BRD unter dem Lichte der UN-Standard Rules“ auf der 1. Behindertenpolitischen Konferenz der PDS am 13. September 1997 in Berlin

Inhaltliche Hauptpunkte

- Das Grundgesetz ist geändert - und seitdem gehts bergab
- Die Pflegever(un)sicherung - ein Beispiel für moderne Fremdbestimmung
- Reisekostenminderung wegen Belästigung durch Behinderte - ein Beispiel für Brutal-Ausgrenzung
- Kürzungen im Selbsthilfebereich - ein Beispiel für Soft-Ausgrenzung
- Die UN-Standard und die Bundesregierung - Ein Beispiel für verschleiernde Öffentlichkeitsarbeit

AG „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“ der PDS
Sprecher
Christian Schröder

1. Behindertenpolitische Konferenz 13.09.97

Arbeitsgruppe „**Selbsthilfe**“

Eingangsreferat

**„ Selbsthilfe - Organisationen im Zugzwang
Selbsthilfe - ein Weg in die oder aus der Isolation“**

- Entwicklung der Selbsthilfe
- Selbsthilfe im gesellschaftlichen Wandlungsprozeß
- Standard Rules und Selbsthilfe
- Bedeutung und Perspektiven
- Positionsbestimmungen der PDS
- politische Forderungen

ca 15 min



Petra Bläss
Mitglied des Deutschen Bundestages
Sozialpolitische Sprecherin der PDS

Petra Bläss MdB · Bundeshaus BC 808 · 53113 Bonn

Büro Bonn
Bundeshaus
BC 808
53113 Bonn
Tel: (0228) 16 - 82 559
Fax: (0228) 16 - 86 572
X.400: o=mdb p=bundestag a=dbp c=de
E-Mail: petra.blaess@mdb.bundestag.dbp.de

Wahlkreisbüro Petra Bläss
Dessauer Straße 289
06886 Wittenberg
Tel.: (03491) 404271
Fax: (03491) 413093

Tlx: 03491460339=MdBPB

Bonn, den 12. September 1997

Abstract meines Diskussionsbeitrages zur 1. Behindertenpolitischen Konferenz der PDS
- Behindertenpolitik im Bundestag - Möglichkeiten und Grenzen -

Beispiel 1: Umgang mit dem PDS - Antrag "Einsetzung einer Enquete - Kommission
Gleichstellung von Menschen mit Behinderung"

- Intention unseres Antrages
- Ablehnungs(hinter)gründe
- Beispiele für die behindertenfeindliche Politik der Bundesregierung:
 - Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter
 - Änderungen im Arbeitsförderungsrecht
 - Leistungsausgrenzungen in der Pflegeversicherung

Beispiel 2: PDS - Initiative: Antrag "Leistungsgesetz für Menschen mit Behinderungen"

- Ansatz: UNO-Resolution "Rahmenbedingungen zur Herstellung der Chancengleichheit"
- Übernahme tragender Prinzipien der Eingliederungshilfe in ein steuerfinanziertes Leistungsgesetz
- Kompensation behinderungsbedingter Mehraufwendungen

Beispiel 3: Veränderungen bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten im Rahmen der Rentenreform

- Reformbedarf
- Vorhaben der Bundesregierung
- PDS - Vorschläge